

Union und SPD vergeuden 102 Milliarden für **eine** Pleitebank*

Die Welt erlebt gegenwärtig die tiefste Wirtschaftskrise seit 80 Jahren. Millionenfach sind Arbeitsplätze und Einkommen bedroht. Der entfesselte Kapitalismus ist auf ganzer Linie gescheitert. Ebenso gescheitert ist die Politik, die ihm zugrunde liegt. Das gilt nicht nur für die USA, sondern auch für Europa und besonders für Deutschland.

Union und SPD haben mit dem Druck auf Löhne, Renten und Sozialleistungen eine beispiellose Umverteilung zu Gunsten der Reichen organisiert und mit neuen Gesetzen Tür und Tor für die Spekulation von Finanzunternehmen geöffnet.

So wurden die Schief lagen im Lande größer. So wuchs bei den ohnehin schon Reichen das Geldvermögen noch mehr.

So haben die Regierungen Schröder und Merkel dazu beigetragen, dass ein internationales Kartenhaus aus Bereicherung und Spekulation entstand.

Nach dem Zusammenbruch dieses Kartenhauses treiben Union und SPD ihren Zynismus nochmals auf die Spitze. Sie überweisen hunderte Steuermilliarden an marode Banken und verlangen keine Gegenleistung. Das ist verantwortungslos und gefährlich. Anstatt angesichts der tiefen Wirtschaftskrise die Richtung zu wechseln, schiebt die Bundesregierung den Spekulanten das Geld zu, das sie sich bei den Steuerzahlern holt.

* Die Münchner Hypo Real Estate hat bereits 102 Milliarden Euro an staatlichen Kapitalhilfen und Garantien erhalten.

LINKE will 160 Milliarden zum Wohle **aller** einnehmen

DIE LINKE fordert u.a. einen gesetzlichen Mindestlohn, höhere Hartz-IV-Regelsätze und bessere Renten. Das kostet ungefähr 64 Milliarden Euro. Und DIE LINKE sagt klar, woher sie das Geld dafür nehmen möchte, nämlich von den Vermögenden und Konzernen. Eine gerechte Umverteilung der Steuerlast würde dem Staat Mehreinnahmen von bis zu 160 Milliarden Euro bescheren.

Ausgaben: 64 Milliarden €

Vorhaben	in Mrd. Euro
Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,71 Euro	0
Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes auf 435 Euro	7
Erhöhung der Renten um drei Prozent	7
Investitionen in Gesundheit und Bildung	25
Investitionen in Gebäude, Schiene, Straße, Abwasserversorgung	25
Ausgaben	64

»Wenn ein Flächenbrand festgestellt wird, dann muss man löschen. Die Bundesregierung setzt die Löschfahrzeuge aber nicht ein.« *Oskar Lafontaine in der Bundestagsdebatte am 13. Februar 2009 über das Konjunkturpaket der Bundesregierung*

Einnahmen: 160 Milliarden €

Vorhaben	Steuereinnahmen +/- in Mrd. Euro
Reform der Lohn- und Einkommenssteuer	- 2
Einführung der Vermögenssteuer	+ 20
Reform der Erbschaftssteuer	+ 8
Reform der Unternehmenssteuer / Gemeindefinanzsteuer	+ 44
Verbesserung des Steuervollzugs	+ 10
Einführung einer Finanztransaktionssteuer	+ 10
Senkung der Mehrwertsteuer	- 10
Einführung einer Millionärsabgabe	+80
Steuereinnahmen gesamt	+160



DIE LINKE.
IM BUNDESTAG